



Inklusive
Publikations-
liste und
Bestellzettel

MITREDEN, MITGESTALTEN, MITENTSCHEIDEN.

Fünf Impulse zur Erneuerung demokratischer Beteiligung





Inhalt

- | | |
|--|----|
| 1 Zusammenfassung: Schaubild
„Mitreden, mitgestalten, mitentscheiden“ | 4 |
| 2 Aktuelle Entwicklungen: Die Demokratie
in Deutschland ist vielfältiger geworden | 6 |
| 3 Empfehlungen: Fünf Impulse zur
Erneuerung demokratischer Beteiligung | 7 |
| 4 Appell: Initiative „Demokratie beleben –
Teilhabe stärken“ | 13 |
| 5 Praxislösungen: Publikationen zur
Gestaltung der vielfältigen Demokratie | 14 |
| Die Mitglieder der „Allianz
Vielfältige Demokratie“ | 22 |
| Hintergrund: Wer ist die
„Allianz Vielfältige Demokratie“? | 24 |



**DIE BETEILIGUNGS-
KULTUR STÄRKEN:**

Für ein besseres
Miteinander von
Politik, Verwaltung
und Bürgerschaft

Frühzeitig durch
(neue) Dialog- und
Beteiligungsformate
den Austausch
von Informationen
und Argumenten
FÖRDERN

Beteiligungsferne
Bürgerinnen und
Bürger aufsuchen
und **AKTIVIEREN**

Mehr Qualität
und Transparenz
durch verbindliche
Spielregeln
SICHERSTELLEN

MITREDEN, MITGESTALTEN, MITENTSCHEIDEN

Fünf Impulse zur Erneuerung demokratischer Beteiligung



Integrierte Partizipation

IMPULS 1

Direkte, dialogische und repräsentative Beteiligung stärken und miteinander verzahnen

Die Öffnung von Gesetzgebungsverfahren verbessert die Qualität der Gesetze.

Gute frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung vermindert Konflikte.

Durch Satzungen Bürgerbeteiligung in Kommunen verbindlich verankern.

Die Kombination von Bürgerdialogen mit direktdemokratischen Verfahren schafft bessere Lösungen.

Standards für Abstimmungsinformationen versachlichen die Debatten.



Transparenz

IMPULS 2

Mehr Transparenz über Beteiligungs- und Entscheidungsprozesse herstellen

Transparenzleitlinien erhöhen die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungsprozessen.

Umfassende Transparenz über Infrastrukturprojekte durch ein zentrales Online-Informationssystem herstellen.

Eine systematische Erfassung macht die Vielfalt der Beteiligungsformen sichtbar.

Die Demokratie in Deutschland ist vielfältiger geworden. Bürgerdialoge und direktdemokratische Abstimmungen nehmen in der Praxis unserer repräsentativen Demokratie einen immer größeren Stellenwert ein.

Die „Allianz Vielfältige Demokratie“ – ein von der Bertelsmann Stiftung initiiertes bundesweites Netzwerk aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft – beschäftigt sich seit zwei Jahren mit dialogischer, direkter und repräsentativer Beteiligung. Die Mitglieder* der Allianz verstehen sich als Anwälte für die vielfältige Demokratie. Sie setzen sich für eine Stärkung und ein besseres Zusammenspiel der drei Formen demokratischer Beteiligung (repräsentative, dialogische und direkte, siehe Schaubild Seite 6) ein.

Mehr direkte Kommunikation zwischen Bürgern und Politik, konstruktive Bürgerdialoge und neue Formate der Bürgerbeteiligung beleben unsere Demokratie und können helfen, bessere politische Lösungen zu finden und das Vertrauen in die Demokratie zu stärken. Wenn Bürgerinnen und Bürger in heterogen zusammengesetzten Kleingruppen ihre Sorgen und Interessen thematisieren, Hintergründe und Zusammenhänge miteinander diskutieren und Argumente austauschen können, wächst das gegenseitige Verständnis füreinander. Die Bereitschaft steigt, Probleme differenziert zu betrachten und Konsenslösungen zu finden. Wenn Bürgerinnen und Bürger in Bürgerbeteiligungsprojekten erleben, dass sie gehört und ihre Ideen und Belange berücksichtigt werden, dann steigt auch die Bereitschaft zur Kompromissfindung und

* Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir in diesem Dokument nicht durchgehend die männliche und weibliche Form. Selbstverständlich sind immer beide Geschlechter gemeint.



Qualität

IMPULS 3

Mehr Qualität von Bürgerbeteiligung durch einen verbindlichen Rahmen sichern

„Grundsätze für Qualität“ sorgen für einen Qualitätsschub:

- Frühzeitiger Start
- Ausreichende Ressourcen
- Klarer Umgang mit Ergebnissen

Verbindliche Rahmenbedingungen tragen zur flächendeckenden Anwendung in der Praxis bei.



Breite Beteiligung

IMPULS 4

Menschen inklusiv und breit beteiligen

Aufsuchende und zielgruppenspezifische Ansprache aktiviert zum Mitmachen.

Zufallsauswahl ist Garant für unterschiedliche Sichtweisen.

Direkte Formen des Dialogs mit der Politik verbessern die Verständigung.

Durch finanzielle Anreize für „Beteiligungsprojekte“ zur breiten Beteiligung motivieren.



Kompetenz

IMPULS 5

Partizipationskompetenzen erwerben und Serviceeinheiten aufbauen

Durch Organisationseinheiten für Bürgerbeteiligung Kompetenzen in Ministerien und Behörden verankern.

Curricula zur Bürgerbeteiligung in Aus- und Weiterbildung einführen.

Ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen sorgen für Qualität und Professionalität.

Allianz Vielfältige Demokratie

Mitgestaltung. So können sachorientierte Bürgerdialoge, mitgestaltende Beteiligung und Abstimmungen Antworten auf den zunehmenden Populismus und auf steigende Politikverdrossenheit sein.

Mit diesem Papier geben die Mitglieder der Allianz auf der Grundlage ihrer Erfahrungen und ihrer Expertise fünf Impulse für eine zeitgemäße und stärkere Einbindung der Bürger in politische Entscheidungsprozesse.

Die Demokratie in Deutschland ist vielfältiger geworden

Wählen allein reicht vielen Menschen nicht mehr. Sie wünschen sich zeitgemäße Wege, wie sie sich direkt, themenorientiert und ganz konkret in politische Diskussionen und Entscheidungen einbringen können. Mehr als drei Viertel der Menschen in Deutschland halten die aktive Mitsprache der Bürger für sehr wichtig, bevor ihre gewählten Vertreter Entscheidungen treffen. Mehr als zwei Drittel wünschen sich, dass Bürgerinnen und Bürger direkt über wichtige Themen entscheiden. Welche Verantwortungsbereitschaft und Gestaltungskraft eine engagierte Bürgerschaft entfalten kann, hat das starke freiwillige Engagement für Geflüchtete in jüngster Zeit eindrucksvoll demonstriert. Umgekehrt wächst aber auch der Anteil in der Bevölkerung, der sich an demokratischen Prozessen nicht beteiligt.

Bürgerinnen und Bürger werden immer mehr zu Entscheidern

Seit Einführung direktdemokratischer Abstimmungen auf kommunaler Ebene gab es in Deutschland nahe-

zu 7.000 Bürgerbegehren und Ratsreferenden sowie 3.500 Bürgerentscheide. Auf Landesebene haben die Bürger in den 16 Bundesländern weit mehr als 300 direktdemokratische Verfahren eingeleitet.

Bürgerinnen und Bürger haben mehr Mitsprache und eine stärkere konsultative Rolle

Seit Anfang der 1970er Jahre wurden neue Methoden der Bürgerbeteiligung entwickelt und immer öfter eingesetzt. Eine wachsende Zahl von Kommunen gibt sich durch Leitlinien einen verbindlichen Rahmen für Bürgerbeteiligung und sorgt durch Partizipationsbeauftragte für eine kompetente Umsetzung von Bürgerbeteiligung. In einigen Bundesländern wird die Bevölkerung zunehmend an der Gesetzgebung beteiligt. Auf Bundesebene gibt es Ansätze, die Bürgerschaft bei konkreten politischen Themen zu konsultieren. Auch private Vorhabenträger setzen bei Infrastrukturprojekten verstärkt auf Bürgerbeteiligung.

Aber: Neue Formen der Beteiligung sind noch nicht gut genug in den Strukturen der repräsentativen Demokratie verankert

Von den mehr als 11.000 Kommunen in Deutschland haben erst ca. 100 verbindliche Beteiligungsleitlinien erarbeitet. Es gibt unrealistische Erwartungen an Bürgerbeteiligung, es fehlen Qualitätsstandards und verbindliche, klare Regelungen zur konsultativen bzw. mitgestaltenden Rolle der Bürgerinnen und Bürger.

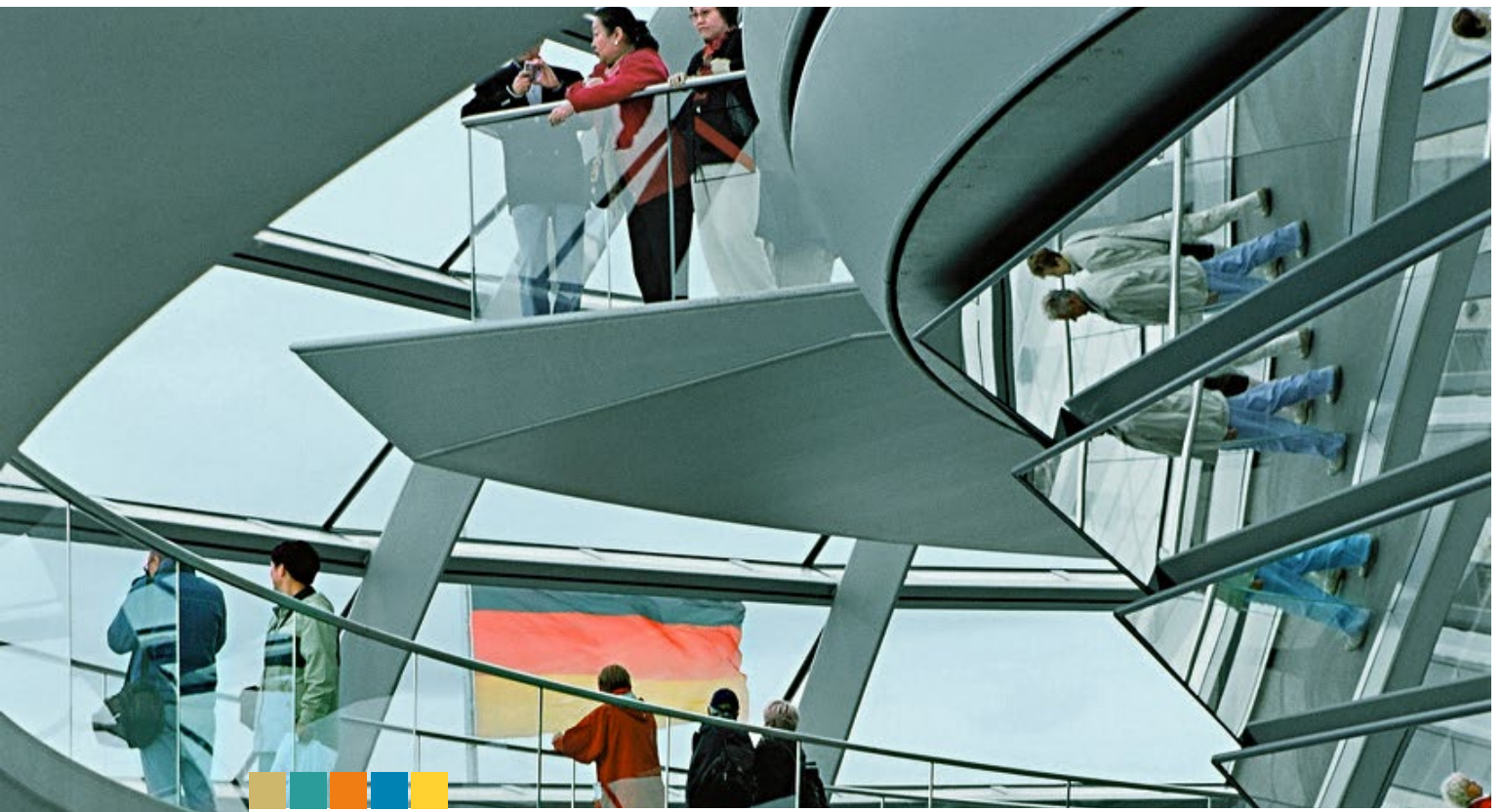
Noch viel zu selten werden die direktdemokratischen Instrumente als Chance für einen sachlich fundierten direkten Austausch zwischen Bürgern und Politikern über relevante Fragestellungen genutzt. In der Realität stehen die unterschiedlichen demokratischen Beteiligungsformen häufig isoliert nebeneinander oder werden gegeneinander ausgespielt.

ABBILDUNG Funktionslogiken demokratischer Beteiligung



Quelle: Eigene Darstellung.

Allianz Vielfältige Demokratie



3 EMPFEHLUNGEN

Fünf Impulse zur Erneuerung demokratischer Beteiligung



IMPULS 1

Direkte, dialogische und repräsentative Beteiligung stärken und miteinander verzahnen



Jede Beteiligungsform hat ihre Berechtigung. Durch die Wahl von Repräsentanten bestimmen die Bürgerinnen und Bürger die grundlegende Richtung der Politik. Bürgerbeteiligung, Bürger-

und Volksentscheide eröffnen der Bevölkerung zusätzliche Kanäle für eine direkte Einflussnahme auf wichtige politische Themen. Politikerinnen und Politiker erfahren mehr über die Interessen und Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Die Menschen können besser nachvollziehen, wie und warum Entscheidungen zustande kommen. Die Beteiligungsformen können sich gut ergänzen und ihre Stärken besonders dann ausspielen, wenn die Qualität stimmt und sie besser miteinander verzahnt werden.

Die Öffnung von Gesetzgebungsverfahren verbessert die Qualität der Gesetze

Aktuelle Studien in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zeigen: Wenn Bürgerinnen und Bürger bei der Erarbeitung von Gesetzen mitreden können, erhöht dies bei ihnen die Akzeptanz für den politischen Prozess und führt zugleich zu mehr Qualität in der Gesetzgebung. Insbesondere bei kontroversen Themen ist es sinnvoll, über die traditionelle Konsultation von Verbänden hinaus auch die Bürgerinnen und Bürger direkt zu beteiligen. Die Beteiligung einer repräsentativen bzw. nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Bürgergruppe stärkt die Legitimation des Verfahrens.

Gute frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung vermindert Konflikte

Um die Bevölkerung bei großen Infrastrukturvorhaben besser zu beteiligen, sollte die formelle Öffentlichkeitsbeteiligung besser mit informellen Beteiligungsverfahren verknüpft werden (wie z. B. bei den Planungen zum Stromnetzausbau). Ganz früh im Planungsprozess, immer dann, wenn ein weichenstellender neuer Planungsabschnitt beginnt, sollte ein sogenanntes „Beteiligungs-Scoping“ durchgeführt werden: Die Verantwortlichen erarbeiten partizipativ, mit welchem Ziel welche Beteiligungsformate eingesetzt werden und welche Akteure dabei zu berücksichtigen sind.

Durch Satzungen Bürgerbeteiligung in Kommunen verbindlich verankern und die Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger erweitern

Auf kommunaler Ebene hängt Bürgerbeteiligung oft von der Initiative oder vom guten Willen einzelner Behördenmitarbeiter oder Bürger ab. Um das Zusammenwirken zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft untereinander verlässlicher zu gestalten, sollten Kommunen Leitlinien verabschieden und Bürgerbeteiligungssatzungen erlassen. Diese geben verbindliche Spielregeln für alle Beteiligten vor. Unter anderem wird geregelt, wer Bürgerbeteiligungsprojekte initiiert, an welchen Projekten sich die Menschen beteiligen können, wer für die Durchführung von Dialogverfahren zuständig ist, welche Qualitätsgrundsätze zugrunde gelegt werden und wie mit den Ergebnissen von Bürgerbeteiligungsprojekten umgegangen wird.

Die Kombination von Bürgerdialogen mit direktdemokratischen Verfahren vergrößert die Schnittmengen der Interessen und schafft bessere Lösungen

Durch einen breit angelegten Dialogprozess kann eine polarisierende Debatte im Vorfeld einer direktdemokratischen Abstimmung versachlichtet werden. Ein frühzeitiger, auf einer guten Informationsbasis durchgeführter Dialogprozess führt zu reflektierten Entscheidungen der Abstimmenden und kann sogar zu Lösungen beitragen, die eine direktdemokratische Abstimmung überflüssig machen.

Standards für Abstimmungsinformationen versachlichen die Debatten

Für jeden Bürgerentscheid und für jede Volksabstimmung sollten Informationsstandards gelten, so dass jeder Abstimmungsberechtigte eine Abstimmungsbroschüre mit vollständigen, ausgewogenen, faktenbasierten und verständlichen Informationen erhält. Standards für Abstimmungsinformationen sind die Grundlage für sachorientierte Abwägungen.

IMPULS 2

Mehr Transparenz über Beteiligungs- und Entscheidungsprozesse herstellen



Umfassende Transparenz mit einfachem und fairem Zugang zu Informationen ist die Grundlage jeder Beteiligung und der Schlüssel für den Erfolg von Beteiligungsprozessen. Die Möglichkeiten, sich zu informieren und mitzudiskutieren, sind nicht zuletzt dank der digitalen Medien enorm angestiegen.

Transparenzleitlinien erhöhen die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungsprozessen

Leitlinien und Satzungen für Transparenz bei Beteiligungsprojekten stellen eine Selbstverpflichtung für politisch Verantwortliche und Projektverantwortliche in Verwaltungen und bei privaten Vorhabenträgern dar. Sie stellen sicher, dass Informationen über Inhalte, Verfahrensschritte und Interessen bereitgestellt werden. So wird die aktive Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger gefördert und die Nachvollziehbarkeit von politischen und projektbezogenen Entscheidungen erhöht.

Umfassende Transparenz über Infrastrukturprojekte durch ein zentrales Online-Informationssystem

Für Infrastrukturprojekte reichen die momentan geltenden und gesetzlich vorgeschriebenen Informationen nicht mehr aus. Eine umfassende, ausgewogene, sachliche und

verständliche Darstellung sollte für alle großen Infrastrukturprojekte über alle Planungsphasen und Verwaltungsebenen hinweg zur Pflicht werden. Wünschenswert ist ein abgestimmtes und zentrales Online-Informationssystem (Internet-Portal) mit je einer eigenen einheitlich strukturierten Darstellung der Infrastrukturprojekte. Dieses sollte mit Beginn der Planung die Informationen über alle Planungsphasen bis zur Realisierung abbilden.

Eine systematische Erfassung macht die Vielfalt der Beteiligungsformen sichtbar

Das Bild der vielfältigen Demokratie ist an einem wesentlichen Punkt unscharf. Während Wahlergebnisse amtlich erhoben und Abstimmungsergebnisse in universitären Datenbanken dokumentiert werden, liegen kaum systematisch gesammelte Daten über Bürgerbeteiligungsprozesse in Bund, Ländern und Kommunen vor. Um den Mut zum Dialog zu steigern, voneinander zu lernen und die Qualität zu verbessern, ist es nötig, diese Verfahren zu erfassen und öffentlich zur Verfügung zu stellen. Evaluationen und regelmäßige Beteiligungsberichte helfen, belastbare Aussagen über die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit den Beteiligungsformen zu treffen.





IMPULS 3

Mehr Qualität von Bürgerbeteiligung durch einen verbindlichen Rahmen sichern



Immer noch scheitern Bürgerbeteiligungsverfahren, weil sie schlecht umgesetzt werden. Das führt zu Frust bei allen Beteiligten und diskreditiert die Idee der Partizipation.

Zahlreiche Evaluationen zeigen: Nur professionell und gut gemachte Beteiligung hilft der Demokratie, schafft Zufriedenheit und Vertrauen, stärkt die repräsentativen Institutionen und sorgt für besser durchdachte Entscheidungen. Daher ist es erforderlich, die vielseitig vorhandenen Erfahrungen und die Anforderungen an eine hohe Qualität in Grundsätzen für Qualität zusammenzutragen und die Rahmenbedingungen für ihre flächendeckende Anwendung zu schaffen.

„Grundsätze für Qualität“ sorgen für einen Qualitätsschub

Für eine bessere Beteiligungspraxis braucht es einen Qualitätsschub. Grundsätze für die Qualität von Bürgerbeteiligungsverfahren sollten Anforderungen u. a. zum

frühzeitigen Start von Bürgerbeteiligung, zur angemessenen Ressourcenausstattung und zum klaren Umgang mit den Ergebnissen („Rechenschaftslegung“) enthalten. Die von der „Allianz Vielfältige Demokratie“ erarbeiteten „Grundsätze für Qualität von Bürgerbeteiligung“ sind wie Leitplanken, die Orientierung und Sicherheit geben; die konkrete Ausgestaltung des Beteiligungsverfahrens bleibt flexibel und passgenau auf das jeweilige Projekt zugeschnitten.

Verbindliche Rahmenbedingungen tragen zur flächendeckenden Anwendung in der Praxis bei

Kommunen, Landes- und Bundesbehörden sollten für verbindliche Rahmenbedingungen zur Verbreitung und Anwendung in der Praxis sorgen, z. B. durch einen Verhaltenskodex, durch institutionelle Selbstverpflichtungen bzw. Satzungen und durch Verordnungen bzw. gesetzliche Regelungen.

Menschen inklusiv und breit beteiligen



Es wächst der Anteil in der Bevölkerung, der sich an demokratischen Prozessen überhaupt nicht beteiligt; das gilt vor allem für die benachteiligten Milieus. Wie bei der Wahl- und Abstimmungsbeteiligung erleben wir auch bei der Bürgerbeteiligung eine soziale Spaltung: Menschen mit niedriger formaler Bildung nutzen die vorhandenen Angebote deutlich seltener.

Aufsuchende und zielgruppenspezifische Ansprache aktiviert zum Mitmachen

Sachorientierte Dialogformate und mitgestaltende Beteiligungsformen wirken gegen einseitige Information und Pauschalurteile, Polarisierung und einfache Lösungen. Sie bieten den Bürgerinnen und Bürgern eine Alternative zu Politiker-Abstrafungen, Protestwahlen und Populismus. Deshalb sind verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, um laute „Wutbürger“, stille Bürgergruppen, bildungsferne Bevölkerungsgruppen, junge Erwachsene und Familien sowie Menschen mit Migrationshintergrund in Partizipationsprozesse einzubeziehen. Wir verfügen über eine Fülle von Beteiligungsmodellen und über aufsuchende Formate, wie sie z. B. in Gebieten der „Sozialen Stadt“ praktiziert werden. Sie sind geeignet für die Ansprache beteiligungsferner Gruppen, werden jedoch noch viel zu selten angewendet. Es gilt, diese Formate auch zu nutzen, sie mit bestehenden Formen des bürgerschaftlichen Engagements zu verknüpfen und sie zu verbreiten.

Zufallsauswahl als Garant für unterschiedliche Sichtweisen

Auch die Beteiligung von zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern kann zu einer breiteren Beteiligung führen. Sind nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Menschen eingebunden, so ist ein Querschnitt der Bevölkerung vertreten, der eine Vielfalt unterschiedlicher Interessen und Sichtweisen in den Dialog einbringt.

Direkte Formen des Dialogs mit der Politik verbessern die Verständigung

Der direkte persönliche Austausch zwischen Bürgern und Politikern ist für das gegenseitige Verständnis unverzichtbar. Traditionelle Formen der Meinungsbildung wie z. B.

sonntägliche Stammtischgespräche sind für viele Bürgerinnen und Bürger heute nicht mehr attraktiv. Moderne Formen des direkten Dialogs wie Open Space-Formate und Social Media sollten verstärkt von den Parteien und den gewählten Repräsentanten genutzt und praktiziert werden.

In den Kommunalverfassungen von sieben Bundesländern ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (z. B. durch eine Jugendvertretung) verpflichtend geregelt. Junge Menschen lernen so frühzeitig, Politik mitzugestalten und demokratische Spielregeln zu praktizieren. Diese Regelungen in den Kommunalverfassungen sollten Vorbild sein für Regelungen in den anderen Bundesländern.

Durch finanzielle Anreize für Beteiligungsprojekte zur breiten Beteiligung motivieren

Fördermittel und Fonds sind Anreize, Anstrengungen zur Aktivierung beteiligungsferner Gruppen zu ergreifen. Das aktive Bemühen zur chancengleichen Einbeziehung beteiligungsferner Gruppen sollte ein Kriterium bei der Vergabe von Fördermitteln sein. Das betrifft nicht nur das Programm „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ (NSP) und das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, sondern auch Programme aus den Bereichen Wohnungsbau, Wirtschaft, Energie und Verkehr. Wie das Förderprogramm „Flüchtlingsdialoge“ in Baden-Württemberg zeigt, können auch durch neue (unkomplizierte) Förderprogramme beteiligungsferne Bevölkerungsgruppen aktiviert werden.

Darüber hinaus sind Bürgerbudgets und Verfügungsfonds für konkrete Projekte ein guter Hebel für die Bürgerinnen und Bürger, das eigene Umfeld mitzugestalten.

Partizipationskompetenzen erwerben und Serviceeinheiten aufbauen



Gute und erfolgreiche Beteiligungsprozesse benötigen ein modernes Rollen- und Aufgabenverständnis. Um notwendige Kompetenzen zu erwerben, muss das Know-how in der Politik und in den Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen verankert werden.

Durch Organisationseinheiten für Bürgerbeteiligung Kompetenzen in Ministerien und Behörden verankern

So wie es in vielen Kommunen Bürgerbeteiligungsbeauftragte gibt, sollte es auf der Bundesebene, der Länderebene und bei untergeordneten Behörden Unterstützungsstrukturen geben. Organisationseinheiten für Bürgerbeteiligung sollten geschaffen werden, die beratend und unterstützend für andere Einheiten tätig werden. Darüber hinaus sollte es ein zentrales und unabhängiges Kompetenzzentrum für Dokumentation, übergreifende Qualitäts- und Wirkungsanalysen sowie für Beratung und Qualifizierung geben.

Curricula zur Bürgerbeteiligung in Aus- und Weiterbildung einführen

Für alle mit Bürgerbeteiligung befassten Personen aus Verwaltung und Politik (z. B. Stadt- und Gemeinderäte)

sollte es passgenaue Weiterbildungsangebote geben und von diesen ergriffen werden. Im Rahmen der Verwaltungsausbildung bzw. eines -studiums sollte der Kompetenzerwerb zum Thema Bürgerbeteiligung ein fester Bestandteil der Curricula sein. Entsprechende Kenntnisse erleichtern es, den Wert von Beteiligung zu erkennen, Beteiligungsprozesse zu initiieren, aktiv mitzugestalten, deren Qualität zu überprüfen und die eigene Rolle darin zu definieren.

Ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen sorgen für Qualität und Professionalität

Neben den personellen Ressourcen sollten für Bürgerbeteiligung zuständige Organisationseinheiten in den Verwaltungen / Behörden und bei öffentlichen und privaten Vorhabenträgern auch finanziell besser ausgestattet werden, um verstärkt Bürgerinnen und Bürger an der Entscheidungsfindung beteiligen zu können und die Beteiligungsverfahren professionell in guter Qualität durchführen zu können.

Sinnvoll ist es auch, bestehende Netzwerke zur Bürgerbeteiligung und zur Engagementförderung zu nutzen und zu fördern.





4 APPELL

Initiative „Demokratie beleben – Teilhabe stärken“

Die Weiterentwicklung demokratischer Beteiligungsformen ist eine zentrale Herausforderung für die Zukunft der Demokratie in Deutschland. Dazu bedarf es eines breiten gesellschaftlichen Diskurses. Eine Initiative von Bürgerschaft und Politik kann dazu beitragen, die Debatte über die demokratische Beteiligung und die Belebung unserer Demokratie zu intensivieren. Im Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft können strukturelle Fragen diskutiert und konkrete Reformvorschläge zur Stärkung demokratischer Teilhabe erörtert werden.

Das Thema „Stärkung demokratischer Teilhabe“ legt eine beteiligungsorientierte Ausgestaltung der Initiative nahe. Denkbare Formate sind z. B. Bürgerdialoge unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten, Bürgerdialoge kombiniert mit einer Enquete-Kommission des Bundes-

tags oder Bürgerdialoge, die von Bürgerschaft und Politik gemeinsam und gleichberechtigt getragen werden (z. B. organisiert durch Vertreter der Zivilgesellschaft und der Politik).

Die Initiative auf Bundesebene kann durch lokale und regionale Dialogformate und eine interaktive Internetpräsenz begleitet werden.

5 PRAXISLÖSUNGEN

Publikationen zur Gestaltung der vielfältigen Demokratie

Wie können die demokratischen Beteiligungsformen in unserer Demokratie gestärkt werden? Und wie können wir das Zusammenspiel und das gegenseitige Verständnis zwischen den Akteuren aus Politik, Verwaltung und Bürgerschaft verbessern? Welche praktischen Handlungsansätze gibt es, um die Qualität und Transparenz von Bürgerbeteiligung zu verfeinern, Menschen breiter zu beteiligen und Partizipationskompetenzen aufzubauen?

In zwei Jahren intensiver Arbeit hat die „Allianz Vielfältige Demokratie“ diese Fragen aufgegriffen und verschiedene Praxislösungen erarbeitet. Viele dieser Praxislösungen sind in 15 konkrete Veröffentlichungen eingegangen. Auf den folgenden Seiten finden Sie eine Übersicht über diese Publikationen mit einer inhaltlichen Beschreibung, Formatangaben und Bezugsquellen.

Unter www.bertelsmann-stiftung.de/allianz-vielfaeltige-demokratie-ergebnisse haben Sie die Möglichkeit, alle Veröffentlichungen online zu bestellen.



Publikation
kostenlos

Bürgerbeteiligung, Volksabstimmungen, Parlamentsentscheidungen

Für ein gutes Zusammenspiel in der
Vielfältigen Demokratie

Die Demokratie in Deutschland ist vielfältiger geworden. Bürgerdialoge und Volksabstimmungen gewinnen immer größere Bedeutung. Dieser Publikation liegt die These zugrunde, dass eine Ergänzung und sinnvolle Verknüpfung der vielfältigen Beteiligungsformen zu besseren politischen Lösungen führen und dem Trend zu gesellschaftlicher Polarisierung entgegen wirken.

Sowohl die Funktionsweisen repräsentativer, direkter und dialogischer Beteiligung werden miteinander verglichen als auch die typischen Handlungsmuster von Akteuren aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Vier Modelle zeigen auf, wie Dialogverfahren mit repräsentativen und direktdemokratischen Verfahren konstruktiv verbunden werden können. Praxisbeispiele illustrieren, wie durch die Verknüpfung der vielfältigen Partizipationsverfahren Konflikte vermieden, entschärft oder in konstruktive Bahnen gelenkt werden.

Erscheint im Januar 2018

Allianz Vielfältige Demokratie

2017, ca. 64 Seiten, Broschur

Printversion: a.renkamp@bertelsmann-stiftung.de

PDF-Version: www.bertelsmann-stiftung.de/allianz-vielfaeltige-demokratie-ergebnisse



Partizipative Gesetzgebung

Ein Modell zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Gesetzgebungsverfahren

Deutschland verfügt bei der Gesetzgebung über ein gut etabliertes System zur Konsultation von Experten, Verbänden und Sozialpartnern. Die Beteiligung von Bürgern an der Erarbeitung von Gesetzen erfolgt dagegen bisher erst punktuell und nur in einigen Bundesländern.

Das hier vorgelegte Modell für partizipative Gesetzgebung basiert auf den Evaluationen von sechs partizipativen Gesetzgebungsverfahren in Baden-Württemberg und dem Beteiligungsverfahren am Transparenzgesetz Rheinland-Pfalz.

Vorgestellt werden Face-to-Face und Online-Verfahren, ein Ablaufschema sowie Beispiele und Tipps aus der Praxis

Allianz Vielfältige Demokratie

2017, 32 Seiten, Broschur

Printversion: a.renkamp@bertelsmann-stiftung.de

PDF-Version: www.bertelsmann-stiftung.de/allianz-vielfaeltige-demokratie-ergebnisse



Bürgerbeteiligung mit Zufallsauswahl

Das Zufallsprinzip als Garant einer vielfältigen demokratischen Beteiligung: ein Leitfaden für die Praxis.

Bürgerbeteiligung lebt von der Vielfalt der Meinungen. Erst wenn unterschiedliche, gar gegensätzliche Interessen untereinander ausgetauscht sind, können neue Ideen entstehen und Kompromisse gefunden werden. Deshalb sollten zufällig ausgewählte Bürger an Beteiligungsverfahren teilnehmen. Mit der Zufallsauswahl werden partizipative Verfahren auf eine breite Grundlage gestellt, um möglichst alle Bevölkerungsgruppen einzubinden und so Entscheidungen zu höherer Qualität und Akzeptanz zu führen.

Der Leitfaden zeigt auf, was eine Zufallsauswahl ist und wie sie durchgeführt wird. Er beschreibt die verschiedenen Verfahren, wann sich welches Verfahren eignet und was es jeweils kostet. Grundlagen und Praxistipps werden illustriert durch erfolgreiche Beispiele aus Deutschland und dem europäischen Ausland.

Allianz Vielfältige Demokratie

2017, 28 Seiten, Broschur

Printversion: a.renkamp@bertelsmann-stiftung.de

PDF-Version: www.bertelsmann-stiftung.de/allianz-vielfaeltige-demokratie-ergebnisse



Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung bei Infrastrukturprojekten gut vorbereiten.

Eine Handreichung zum Beteiligungs-Scoping am Beispiel von Projekten des Bundesverkehrswegeplans.

Förmliche Beteiligungsverfahren bei der Bauleitplanung, der Raumordnung und der Planfeststellung sind oftmals nicht ausreichend, um Konflikte frühzeitig zu erkennen und die Interessen, Kenntnisse und Erfahrungen der Bürger angemessen zu berücksichtigen. Deshalb setzen Träger von Infrastrukturvorhaben auf zusätzliche informelle Beteiligungsverfahren.

Die Handreichung stellt mit dem Beteiligungs-Scoping eine Methode zur systematischen Vorbereitung informeller Beteiligungsverfahren vor: Nach einer Themenfeld- und einer Akteurs-Analyse verständigen sich Vorhabenträger, Interessengruppen und Bürger auf den Kreis der Beteiligten, die Methoden und den Fahrplan für eine frühzeitige informelle Öffentlichkeitsbeteiligung.

Konkrete Praxisbeispiele aus der Verkehrsplanung zeigen, wie Öffentlichkeitsbeteiligung mithilfe des Beteiligungs-Scopings in den Planungsphasen des Ob, Wo und Wie gelingt.

Allianz Vielfältige Demokratie
2017, 36 Seiten, Broschur
Printversion: a.renkamp@bertelsmann-stiftung.de
PDF-Version: www.bertelsmann-stiftung.de/allianz-vielfaeltige-demokratie-ergebnisse



Bürgerbeteiligung in Kommunen verankern

Leitlinien, Mustersatzung und Praxisbeispiele für ein verlässliches Zusammenwirken von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft.

Mehr und mehr Stadt- und Gemeinderäte entscheiden sich dafür, Bürgerbeteiligung systematisch in ihrer Kommune zu verankern. Dafür schaffen sie verlässliche Regeln für das Zusammenspiel zwischen Rat, Verwaltung und Bürgern.

Die Broschüre stellt unterschiedliche Instrumente der Verankerung von Bürgerbeteiligung vor wie Leitlinien, Satzungen und Koordinierungsstellen.

Ausführliche Praxisbeispiele zeigen, wie Kommunen ihren eigenen Weg zur Verankerung von Bürgerbeteiligung finden. Eine Mustersatzung und ein Überblick über die rechtlichen Regelungen für Bürgerbeteiligung in den Kommunalgesetzen der Bundesländer geben weitere Anregungen auf dem Weg zu einer attraktiven und modernen Bürgerkommune.

Allianz Vielfältige Demokratie
2017, 40 Seiten, Broschur
Printversion: a.renkamp@bertelsmann-stiftung.de
PDF-Version: www.bertelsmann-stiftung.de/allianz-vielfaeltige-demokratie-ergebnisse



Transparenz bei Bürgerbeteiligung

Handreichung für Projektverantwortliche

Können Sie Bürgerbeteiligung? Haben Sie die notwendigen Kompetenzen, um Beteiligungsprozesse gut durchzuführen?

Wenn Bürgerbeteiligung scheitert, liegt es häufig an mangelnder Transparenz. Dabei ist Transparenz ein unverzichtbares Element einer vielfältigen Demokratie und Voraussetzung für gelingende Kommunikation. Sie erzeugt Glaubwürdigkeit, beugt Missverständnissen vor und reduziert Misstrauen – gerade bei der Umsetzung konkreter Projekte.

Die Handreichung bietet einen theoretischen wie praktischen Einstieg in das sensible Thema der Transparenz bei Projekten mit Bürgerbeteiligung. Von praktischen Hilfestellungen und Beispielen über Checklisten und Methodenvorschlägen bis hin zu einem Muster zur Selbstverpflichtung für Transparenz finden Sie umfassende Praxishilfen und Informationen zur erfolgreichen und transparenten Gestaltung von Beteiligungsprojekten.

Allianz Vielfältige Demokratie
2017, 52 Seiten, Broschur
Printversion: a.renkamp@bertelsmann-stiftung.de
PDF-Version: www.bertelsmann-stiftung.de/allianz-vielfaeltige-demokratie-ergebnisse



Film,
2:21 Min



Transparenz bei Bürgerbeteiligung

Kurzfilm für Projektverantwortliche

Total nervig oder total genervt – leben Bürger und Planer einfach in unterschiedlichen Welten? Und was hat das mit Transparenz zu tun?

In gut zwei Minuten macht der Kurzfilm Lust auf mehr Transparenz in Bürgerbeteiligungsprojekten und zeigt, dass der offene Umgang mit Informationen Glaubwürdigkeit erzeugt, Missverständnissen vorbeugt und Misstrauen reduziert. So ist er der ideale Einstieg in ein kompliziertes Thema und motiviert Projektverantwortliche zu einem Perspektivwechsel hin zu mehr Transparenz.

Allianz Vielfältige Demokratie
2017, 2 Minuten, Video
Download: www.bertelsmann-stiftung.de/allianz-vielfaeltige-demokratie-ergebnisse



Qualität von Bürgerbeteiligung

Zehn Grundsätze mit Leitfragen und Empfehlungen

Planen Sie einen Bürgerbeteiligungsprozess? Dann achten Sie auf Qualität! Denn schlecht gemachte Prozesse frustrieren die Teilnehmer und schaden der Idee der Bürgerbeteiligung.

Orientieren Sie sich an den zehn Grundsätzen zur Qualität von Bürgerbeteiligung, um den Beteiligungsprozess selbst besser einschätzen und verbessern zu können. Damit haben Sie die Chance, das Beteiligungsangebot erfolgreich und für alle Beteiligten zufriedenstellend zu gestalten. Leitfragen und Empfehlungen konkretisieren die zehn Qualitätsgrundsätze. Ergänzend finden Sie einen Formulierungsvorschlag für eine „Selbstverpflichtung für gute Bürgerbeteiligung“ und einen kurzen Evaluationsfragebogen, mit dem Sie die Einhaltung der Qualitätsgrundsätze selbst überprüfen können.

Allianz Vielfältige Demokratie
2017, 32 Seiten, Broschur

Printversion: a.renkamp@bertelsmann-stiftung.de

PDF-Version: www.bertelsmann-stiftung.de/allianz-vielfaeltige-demokratie-ergebnisse



10 Grundsätze für eine gute Bürgerbeteiligung

In leichter Sprache

Zur Qualität von Bürgerbeteiligung gehört auch, an diejenigen Menschen zu denken, die über eine geringere Kompetenz in der deutschen Sprache verfügen. Deshalb gibt es die 10 Qualitätsgrundsätze auch in leichter Sprache.

Allianz Vielfältige Demokratie
2017, 32 Seiten, Broschur

PDF-Version: www.bertelsmann-stiftung.de/allianz-vielfaeltige-demokratie-ergebnisse



Poster kostenlos



Qualitätsgrundsätze für Bürgerbeteiligung

Auf einen Blick

Das Poster hilft dabei, die Qualität von Bürgerbeteiligung nicht aus den Augen zu verlieren. Es kann auch als Diskussionsgrundlage bei Veranstaltungen und Beratungsgesprächen dienen. Auf der Vorderseite finden Sie die 10 Grundsätze kurz und knapp; auf der Rückseite zu jedem Grundsatz ausführliche Erläuterungen.

Allianz Vielfältige Demokratie
2017, Poster, 29,7 x 63 cm
Printversion: a.renkamp@bertelsmann-stiftung.de

Qualität von Bürgerbeteiligung

Zehn Postkarten mit den Grundsätzen

Die Qualitätsgrundsätze für Bürgerbeteiligung können Sie verschicken! Mit dem 10-teiligen Postkartenset können Sie Freunde, Bekannte und Kollegen postalisch daran erinnern, dass Bürgerbeteiligung gut gemacht sein muss. Das Postkartenset dient auch als Diskussionsgrundlage bei Veranstaltungen oder Beratungsgesprächen. Auf jeder Karte finden Sie einen Grundsatz mit einer kurzen Erläuterung auf der Rückseite. Dazu gibt es Platz für eine persönliche Nachricht.

Allianz Vielfältige Demokratie
2017, 10 Postkarten im Set
Printversion: a.renkamp@bertelsmann-stiftung.de
PDF-Version: www.bertelsmann-stiftung.de/allianz-vielfaeltige-demokratie-ergebnisse



Wegweiser breite Bürgerbeteiligung

Argumente, Methoden, Praxisbeispiele

Mittleres Alter, gut gebildet, männlich, obere Mittelschicht: Beteiligungsprojekte erreichen oft nur eine sozial äußerst selektive Teilnehmerschaft. Bei einem derart exklusiven Teilnehmerfeld bleibt Bürgerbeteiligung jedoch unter ihren Möglichkeiten.

Um im Vorfeld einer politischen Entscheidung alle Interessen zu berücksichtigen, braucht es breite Beteiligung. Dialogorientierte Verfahren, die frühzeitig auf die Mitwirkung aller betroffenen Gruppen und Interessen setzen, stärken das Vertrauen der Bürger in demokratische Institutionen, stellen Akzeptanz her und erhöhen letztlich die Zufriedenheit der Bürger mit der Demokratie.

Aber wann und wie lassen sich unterschiedliche Zielgruppen ansprechen? Mit welchen Methoden lassen sich auch beteiligungsferne Gruppen gewinnen? Wie schafft man unterstützende Strukturen?

Mit konkreten Praxisbeispielen und Methoden zeigt dieser Wegweiser, wie breite Beteiligung gelingt, welche Barrieren zu überwinden sind und was Politik und Verwaltung dadurch gewinnen können.

Allianz Vielfältige Demokratie
2017, 60 Seiten, Broschur
Printversion: a.renkamp@bertelsmann-stiftung.de
PDF-Version: www.bertelsmann-stiftung.de/allianz-vielfaeltige-demokratie-ergebnisse

Bürgerbeteiligung ist für alle da!

Das Poster stellt in unterschiedlichen Szenen bildhaft dar, mit welchen Methoden eine breite und inklusive Bürgerbeteiligung gelingen kann. Es kann im Rahmen von konkreten Beteiligungsprojekten eingesetzt werden. In Kombination mit der Broschüre „Wegweiser für breite Beteiligung“ kann es auch als Diskussionsgrundlage für Beratungsgespräche und Planungsprozesse dienen.

Allianz Vielfältige Demokratie
2017, Poster, DIN A2
Printversion: a.renkamp@bertelsmann-stiftung.de
PDF-Version: www.bertelsmann-stiftung.de/allianz-vielfaeltige-demokratie-ergebnisse



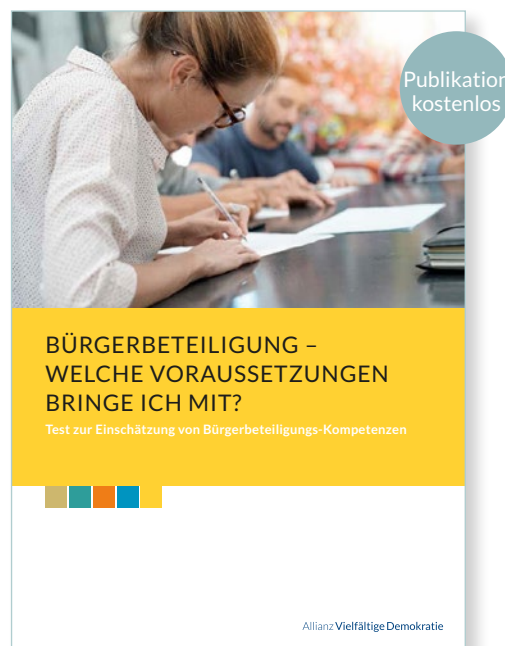
Bürgerbeteiligung – Praxisberatung für die Kommunalpolitik

Handreichung für die Weiterbildung
von Kommunalpolitikern

Möchten Sie als ehrenamtliche/r Kommunalpolitiker/in mehr über die Anliegen Ihrer Bürgerschaft erfahren? Sie möchten Anregungen für ihre Politik erhalten und mehr Bürgernähe zeigen? Das können Sie erreichen, wenn Sie die Menschen mit den Methoden der Bürgerbeteiligung systematisch und strukturiert in ihre Entscheidungsprozesse einbeziehen.

Das Workshop-Konzept ermöglicht Kommunalpolitikern, sich anhand eines konkreten Anliegens mit Bürgerbeteiligung zu beschäftigen. Sie werden dafür sensibilisiert, frühzeitig an Beteiligung zu denken und sich über die notwendigen Ressourcen Gedanken zu machen. Sie lernen, wie sie einen Bürgerbeteiligungsprozess initiieren können und worauf es dabei ankommt. Sie gewinnen Sicherheit, welche Positionen und Rollen sie darin einnehmen können und wollen.

Erscheint im Januar 2018
Allianz Vielfältige Demokratie
2018, 42 Seiten, Broschur
Printversion: a.renkamp@bertelsmann-stiftung.de
PDF-Version: [www.bertelsmann-stiftung.de/
allianz-vielfaeltige-demokratie-ergebnisse](http://www.bertelsmann-stiftung.de/allianz-vielfaeltige-demokratie-ergebnisse)



Bürgerbeteiligung – Welche Voraussetzungen bringe ich mit?

Test zur Einschätzung von
Bürgerbeteiligungskompetenzen

Können Sie Bürgerbeteiligung? Haben Sie die notwendigen Kompetenzen, um Beteiligungsprozesse gut durchzuführen?

Diese Fragen interessieren alle, die für Bürgerbeteiligung verantwortlich sind: Projektverantwortliche, Mitarbeiter von Behörden, kommunale Bürgerbeteiligungsbeauftragte, professionelle Partizipationsdienstleister, Berater und Moderatoren.

In Form einer Selbsteinschätzung ermöglicht der Test, persönliche Kompetenzen im Bereich Bürgerbeteiligung zu erkennen. Die Absolventen erhalten darüber hinaus Hinweise und Anregungen zu ihrer eigenen Kompetenzentwicklung.

Allianz Vielfältige Demokratie
2017, 24 Seiten, Broschur
Printversion: a.renkamp@bertelsmann-stiftung.de
PDF-Version: [www.bertelsmann-stiftung.de/
allianz-vielfaeltige-demokratie-ergebnisse](http://www.bertelsmann-stiftung.de/allianz-vielfaeltige-demokratie-ergebnisse)

Die Mitglieder der „Allianz Vielfältige Demokratie“

Moritz	Ader	OECD, Paris
Dr. Rolf	Alter	OECD, Paris
Professor Dr. Jürgen	Aring	vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., Berlin
Marcel	Atoui	SPD Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Elisabeth	Baden-Prahl	Landeshauptstadt Hannover
Frauke	Bathe	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Berlin
Michaela	Bonan	Stadt Dortmund
Christiane	Boschin-Heinz	Stadt Paderborn
Dr. Volker M.	Brennecke	Verein Deutscher Ingenieure e. V., Düsseldorf
Dr. Alexandra	Bürger	Bayerische Staatskanzlei, München
Albertus J.	Bujard	Mitglied im Arbeitskreis Bürgerbeteiligung der Stadt Heidelberg
Marita	Bussieweke	Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Rainer	Carius	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg, Stuttgart
Dr. Susanne	Cassel	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin
Christoph	Charlier	Abteilungsleiter a. D., Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Mainz
Gregor	Dehmel	Politik zum Anfassen e. V., Isernhagen
Dr. Christine	Dörner	Führungsakademie des Landes Baden-Württemberg, Karlsruhe
Almuth	Draeger	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Karin	Druba	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus Schleswig-Holstein, Kiel
Anne	Dwertmann	Jugendbildungsstätte Bremen LidiceHaus GmbH
Ute	Ehren	Stadt Detmold
Roland	Eichmann	Bürgermeister der Stadt Friedberg
Martina	Eick	Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau
Gisela	Erler	Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
Ronald	Fahje	Parlamentwatch e. V., Hamburg
Norbert	Feith	Oberbürgermeister a. D. Solingen
Wolfgang	Feldwisch	Leiter Großprojekte a. D., DB Netz AG, Berlin
Dr. Björn	Fleischer	Open.NRW Geschäftsstelle, Ministerium für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Ines	Franke	Stadt Freiburg
Lisa	Freigang	Deutscher Volkshochschul-Verband e. V., Bonn
Dr. Miriam	Freudenberger	Initiative Allianz für Beteiligung e. V., Stuttgart
Dr. Klaus	Freytag	Ministerium für Wirtschaft und Energie, Potsdam
Dr. Raban Daniel	Fuhrmann	Procedere Verbund, Konstanz
André	Gerling	Stadt Minden
Dr. Heribert	Gisch	Kommunalpolitische Vereinigung von CDU und CSU Deutschlands, Nohfelden
Ruth	Glörfeld	Landkreis Marburg-Biedenkopf
Sandra	Gretschel	Stadt Regensburg
Dr. Markus	Grünewald	Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg, Potsdam
Franz-Reinhard	Habbel	Deutscher Städte- und Gemeindebund, Berlin
Gerald	Häfner	Ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlamentes, Vorstand Democracy International e. V., Dornach
Joachim	Hahn	Stadt Heidelberg

Thomas	Haigis	Stadt Filderstadt
Bernd	Hallenberg	vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. Bundesgeschäftsstelle, Berlin
Monika	Hanisch	Stadt Essen
Birger	Hartnuß	Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Mainz
Dr. Klaus-Peter	Heinrich	Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg, Potsdam
Michael	Heinze	Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
Dr. Kurt	Herzberg	Der Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen, Erfurt
Ralph	Hiltrop	Stadt Witten
Anna	Hogeback	Landeshauptstadt München
Fredi	Holz	Sächsische Staatskanzlei, Dresden
Marie	Hoppe	Bremer Netzwerk Bürgerbeteiligung, Bürgerstiftung Bremen
Dr. Thomas	Huber	Bayerische Staatskanzlei, München
Dr. Jochen	Hucke	BeGeno16 – Baugenossenschaft „Besser Genossenschaftlich Wohnen von 2016“ eG, Berlin
Dr. Christian	Huesmann	Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Dr. Silke	Jansen	LANXESS AG, Köln
Frauke	Janßen	Bundes-SGK / Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Berlin
Dr. Christoph	Jessen	Dialogforum Feste Fehmarnbeltquerung, Kiel-Molfsee
Frank	Jessen	Integralis e. V., Duisburg
Imke	Jung-Kroh	Stadt Darmstadt
Stefan	Kämper	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Bonn
Eberhard	Kanski	Bund der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen e. V., Düsseldorf
Dr. Susanna	Kahlefeld	Abgeordnetenhaus von Berlin
Antje	Kapek	Abgeordnetenhaus von Berlin
Roswitha	Keicher	Stadt Heilbronn
Werner	Keil	KÖLN MITGESTALTEN – Netzwerk für Beteiligungskultur, Köln
Wolfgang	Klameth	Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin
Dr. Katja	Klee	Gemeinde Weyarn
Dr. Ansgar	Klein	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin
Wolfgang	Klenk	Breuninger Stiftung GmbH, Stuttgart
Jens	Kronsbein	Bezirksregierung Detmold
Dr. Thomas	Kuder	vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. Bundesgeschäftsstelle, Berlin
Manuel	Kühn	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Berlin
Dirk	Lahmann	Stadt Bonn
Dagmar	Langguth	Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Hannover
Ralf	Laumer	Landkreis Marburg-Biedenkopf
Dieter	Lehmann	Stadt Schwäbisch Gmünd
Dr. Thomas	Letz	Senatskanzlei Berlin
Claudius	B. Lieven	Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen, Hamburg
Toni	Loosen-Bach	Stadt Trier
Meike	Lücke	Landkreis Wesermarsch, Regionalmanagement „Wesermarsch in Bewegung“, Brake
Anja	Lutz	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin

Dr. Dennis	Maelzer	Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen, Detmold
Dr. Dirk	Manthey	50 Hertz Transmission GmbH, Berlin
Andreas	Matthes	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Berlin
Dr. Siegfried	Mauch	Bereichsleiter a. D., Führungsakademie Baden-Württemberg, Stuttgart
Christoph	Meineke	Bürgermeister der Gemeinde Wennigsen/Deister
Nikolaj	Midasch	Landesjugendring Baden-Württemberg e. V., Stuttgart
Renate	Mitterhuber	Bundesministerium des Innern, Berlin
Heinz-Martin	Muhle	Stadt Hamm
Martin	Müller	Städtetag Baden-Württemberg, Stuttgart
Dr. Michael	Münnich	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Peter	Myrczik	Stadt Mannheim
Monika	Nickles	Stadt Erlangen
Claudine	Nierth	Mehr Demokratie e. V., Raa Besenbek
Dr. Asiye	Öztürk	Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
Monika	Ollig	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Hanna	Ossowski	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW, Gelsenkirchen
Michael	Paak	Stadt Sindelfingen
Dr. Andreas	Paust	Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Claudia	Peschen	Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH, Bonn
Timo	Peters	Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
Professor Dr. Uwe	Pfenning	Lehrstuhl für Umwelt- und Techniksoziologie der Universität Stuttgart
Michaela	Piltz	Stadt Freiburg
Dieter	Posch	Staatsminister a. D., Hessen
Karin	Prien	Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, Kiel
Dr. Werner	Reh	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND), Berlin
Fabian	Reidinger	Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
Dr. Bettina	Reimann	Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin
Anna	Renkamp	Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Thomas	Richert	Stellvertreter der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten, Landtag Schleswig-Holstein, Kiel
Stefan	Richter	Stiftung Zukunft Berlin
Michael	Sack	Bürgermeister der Stadt Loitz
Michael	Schell	Stadt Wiehl
Daniel	Schily	Democracy International e. V., Köln
Robert	Schleider	Stadt Halle (Saale)
Rolf	Schmidt	Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Hannover
Michael	Schneider	Stadt Mühlheim am Main
Saskia	Schnell	Flughafen München GmbH
Michael	Schubek	FNP-Ausschuss Stadt Bergisch Gladbach
Anne	Schubert	Stadt Zella-Mehlis
Dr. Lilian	Schwalb	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin
Dr. Christiane	Schwarte	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Stephan	Siegert	Femern A/S, Kopenhagen
Hanns-Jörg	Sippel	Stiftung MITARBEIT, Bonn
Susanne	Socher	Mehr Demokratie e. V., München
Dr. Rainer	Sprengel	Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Berlin
Dr. Imke	Steinmeyer	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin
Dr. Manfred	Sternberg	Bundes-SGK / Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e. V., Berlin
Marius	Strecker	TenneT TSO GmbH, Bayreuth
Petra	Türke	Stadt Wolfsburg

Frank	Ulmer	Im Auftrag der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart
Martina	van Almsick	Bundesministerium des Innern, Berlin
Carola	Veit	Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, Hamburg
Dr. Antoine	Vergne	Missions Publiques, Paris
Bernd	Villwock	Sprecher des Steuerungsgremiums, Gemeinde Weyarn
Ernst	Weidl	Gemeinderat Weyarn
Dr. Oliver	Weigel	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
Hannes	Wezel	Staatsministerium Baden-Württemberg, Stuttgart
Annette	Wiese-Krukowska	Landeshauptstadt Kiel
Volker	Wilke	GAR / Kommunalpolitische Vereinigung GRÜNE ALTERNATIVE in den Räten NRW, Düsseldorf
Dr. Winfried	Wilkens	Landkreis Osnabrück
Mona	Winkelmann	Stadt Frankfurt am Main
Katrin	Wolter	Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser, Hildesheim
Evelyn	Wurm	Stadt Solingen
Frank	Zimmermann	Stadt Heidelberg

Impressum

© 3. Auflage, Dezember 2017
Allianz Vielfältige Demokratie

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich
Anna Renkamp

Formuliert auf Basis der Expertise und Erfahrungen der Mitglieder der „Allianz Vielfältige Demokratie“ von Roland Roth, Anna Renkamp und Andreas Paust

Grafikdesign
Dietlind Ehlers, Bielefeld

Bildnachweis
Mirko Krizanovic
Thomas Kunsch

Druck
Hans Gieselmann Druck und Medienhaus GmbH & Co. KG

Wer ist die „Allianz Vielfältige Demokratie“?

Die „Allianz Vielfältige Demokratie“ ist ein Netzwerk aus 120 Vordenkern und Praktikern aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Sie wurde von der Bertelsmann Stiftung initiiert und am 1. Oktober 2015 gegründet. Die Allianz will die Bürgerbeteiligung stärken und einen Beitrag zu einem konstruktiven Zusammenwirken von dialogischer, direkter und repräsentativer Beteiligung leisten. Sie setzt sich für inklusive und breite Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen ein, um der sozialen Spaltung unserer Demokratie entgegenzuwirken.

Die Akteure aus Bund, Ländern und Kommunen arbeiten zusammen an der Gestaltung der vielfältigen Demokratie. Sie bringen hierfür ihre persönlichen Erfahrungen und ihre Expertise ein. Sie entwickeln, erproben und implementieren konkrete Lösungen für die demokratische Praxis.

Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Anna Renkamp
Telefon: +49 5241 81-81145
anna.renkamp@bertelsmann-stiftung.de



www.bertelsmann-stiftung.de/allianz-vielfaeltige-demokratie

Koordination

„Allianz Vielfältige Demokratie“

Berlin Institut für Partizipation | bipar
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin
Telefon: +49 30 120 826 13
www.bipar.de
kontakt@bipar.de

